

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 41 (1947)
Heft: 11

Artikel: Weltrundschau : Zug nach rechts ; Um die Europahilfe ; Die "rote Gefahr" ; Alarmzeichen in England ; Ungewissheit in Frankreich ; Furcht auf beiden Seiten ; Revolutionärer Terror ; Ist Rettung möglich?
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-138994>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

menhält und zum höchsten Punkte führt. Hier wurde uns gezeigt, wo besonders heute der Neubruch der Erkenntnis gebrochen werden muß, damit nicht Gott und die Wahrheit in Weltanschauung oder Religion eingeschlossen und gewissermaßen ertötet werden, sondern damit wir immer neu auf den lebendigen, sich offenbarenden, schaffenden Gott hören und danach unsern Weg richten. Ganz besonders eindrücklich war wohl für alle, wie scharf Pfr. Hürlimann zwischen starrer Religion und lebendigem Gottesglauben unterschied, was dann in der lebhaften Diskussion zum Ausdruck kam.

Wir sind dankbar, wenn wir diesen Vortrag, der gerade in seiner Form verwirklicht, was darin verkündet wird, daß alles starre System tötet und die Dinge in ihrer ganzen Lebendigkeit gesehen werden müssen, in den «Neuen Wegen» lesen dürfen. Denn im Rahmen dieses Berichtes vermag ich keinen wirklichen Eindruck von der Tiefe und Weite dieses wichtigsten Referates der Woche zu geben.

Zum ganzen Kurs gehörten auch die Abende. Vor allem stand der lebendige Vortrag des Kursleiters, Pfr. H. Bachmann, über unsere Stellung zu Kapitalismus und Sozialismus in enger Beziehung zum Hauptthema. Er vermochte auch auf erfreuliche Weise in der Kirche Stans den Kontakt mit der Bevölkerung herzustellen. Ein anderer Vortrag von Pfr. P. Trautvetter über «Vinet und seine Stellung zum Sozialismus» zeigte uns Vinets prophetische Größe, ließ uns aber freilich auch seine Schranke spüren. Dann erzählte uns Frau Prof. Ragaz von der Arbeit der Frauenliga und Pfr. Bachmann von jener der religiös-sozialen Bewegung in der ganzen Welt.

Als Dank an alle, die uns beschenkten, möchte ich sagen, daß wir uns am Ende der Woche reich fühlten. Dieser Dank ist nicht zuletzt an Christine Ragaz gerichtet, die selber nie einen Kurs genießen kann, uns aber in ihrer stillen Art immer dazu verhilft. Und nun stehen wir wieder jeder an seinem Platz und wollen versuchen, diesen Reichtum Früchte tragen zu lassen, denn an den Früchten werden wir erkannt.

Annelies Ott-Marti.

Weltrundschau

Zug nach rechts Das gemeinsame Merkmal der weltpolitischen Ereignisse in der Berichtszeit ist der verstärkte Zug nach rechts, nach der Seite der politischen und sozialen Reaktion, ja der Gegenrevolution hin, der sich über die Länder hin geltend macht. Das ist an sich freilich gar nichts Neues, bedarf aber in dem Hin- und Herwogen des großen Kampfes unserer Zeit doch besonderer Beachtung. Schon bald nach dem ersten Weltkrieg, der im Grunde das Ende des bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters bezeichnet hatte,

erhoben ja die Mächte der alten Welt, besonders in Gestalt des Faschismus und Nazismus, erneut ihr Haupt. Die große Krise des Kapitalismus, die in den dreißiger Jahren wütete, verstärkte ihre Kraft noch weiter, wobei besonders bemerkenswert die Tatsache war, daß sich die kapitalistischen Demokratien heimlich und offen mit den faschistischen Regimen verbündeten, um die soziale Revolution zu verhindern und die Sowjetunion zu isolieren, ja womöglich unschädlich zu machen. Ohne diese Haltung der Westmächte wäre es schwerlich zum zweiten Weltkrieg gekommen, der dann zwar die faschistischen Reiche militärisch zerschlug, aber den Kapitalismus nur in Europa und vielleicht in Asien aufs neue erschütterte, ja eigentlich erledigte, während er ihn vor allem in Amerika erst recht stärkte und aggressiv machte. So wiederholt sich jetzt, was wir schon nach dem ersten Weltkrieg erlebten, auf breiterer Grundlage: *eine Welle konservativ-kapitalistischer Bewegungen* geht neuerdings über die Völker hin und sucht die soziale Revolution, die durch den Sieg über den Faschismus mächtigen Antriebs gewonnen hatte, zu ertränken und zu ersticken. Die antikommunistische Hysterie in Amerika und mehr und mehr auch in Europa sowie der Weltkreuzzug gegen die Sowjetunion sind vorläufig der sichtbarste Ausdruck dieser Gegenrevolution; ihre jüngsten Bekundungen sind etwa die scharf nach rechts weisenden Gemeindewahlen in Frankreich und Großbritannien, denen sich in weniger ausgeprägter Form auch Norwegen anschließt, ferner die Wiederherstellung des kapitalistischen Regimes in Westdeutschland, die Verschärfung der Reaktion in Italien und Griechenland, der heftige kommunisten- und russenfeindliche Kurs in Südamerika, die Wahlniederlage der Arbeiterpartei im australischen Staate Viktorien und ähnliche Erscheinungen. Eine bemerkenswerte Ausnahme macht Dänemark, wo bei den Parlamentswahlen zwar die Kommunisten noch schwerer geschlagen worden sind als in Norwegen, aber sowohl die Sozialdemokraten als die bürgerliche Mitte auf Kosten der Konservativen stark vorangekommen sind und die Sozialdemokratie sogar – als Minderheitspartei – wieder die Regierung übernommen hat.

Um die Europahilfe In diesen ganzen Zusammenhang hinein gehört auch die in acht Tagen zusammen tretende *Konferenz der alliierten Außenminister*. Was über die Vorbereitungen dazu bekannt geworden ist, läßt die Vermutung als begründet erscheinen, daß im Zeichen der «Abwehr der bolschewistischen Gefahr» eine Einheitsfront des Westens gegen den Osten zustande gekommen ist, die namentlich auch darauf abzielt, West- und Süddeutschland samt Österreich auf kapitalistischer oder jedenfalls nicht sozialistischer Grundlage so sichtbar in die Höhe zu bringen, daß von hier aus die russischen Stellungen in der Ostzone erschüttert und

Deutschland als Einheit dem westlichen Wirtschafts- und Staatensystem angeschlossen werden könne, während Rußland umgekehrt die Einigung Deutschlands auf mehr oder weniger kommunistischer Grundlage erstrebt.

Die Außenministerkonferenz würde sich damit ganz natürlicherweise in die große Hilfsaktion einfügen, die sich jetzt um den *Marshallplan* herum entfaltet und immer mehr zu einem Hauptbestandteil der ganzen europäisch-amerikanischen Politik wird. Die Notwendigkeit einer solchen Aktion wird um so stärker, je größer die Not in Europa wird. Die Ernte an Brotgetreide ist in der Tat dieses Jahr um 25 Prozent geringer als im letzten Jahr und beträgt kaum mehr als die Hälfte einer Durchschnittsernte vor dem Krieg, von Rußland und dem Donau- becken abgesehen. Andererseits bleibt der Ausfuhrüberschuß der Getreideländer um mindestens 9 Millionen Tonnen unter dem Weltbedarf, eine Tatsache, der gegenüber die neuerliche Verbrennung von Getreide in Argentinien doppelt frevelhaft ist. In den Vereinigten Staaten stößt dennoch die Europahilfe auf zähen Widerstand. Die «kleine Nothilfe» an Frankreich, Italien und Österreich findet zwar kaum ernsthafte Anfechtung; um so heftiger ist der Kampf, der um die «große Dauerhilfe» an West- und Südeuropa entbrannt ist, zunächst um die erste Rate von etwa 7,5 Milliarden Dollar, die die Regierung zu fordern gedenkt, und weiterhin um die restlichen 10 bis 12 Milliarden, die im Laufe der nächsten vier Jahre folgen sollen. Das hängt, um an das in der Oktober-Rundschau Gesagte zu erinnern, teilweise damit zusammen, daß der Wert der Dollarmilliarden immer mehr sinkt, je höher die Preise in Amerika steigen (die Lebensmittel sind in den letzten zwölf Monaten um 40 Prozent teurer geworden), eine Eindämmung dieser Tendenz aber die Wiedereinführung der Preiskontrolle und anderer planwirtschaftlicher Maßnahmen voraussetzt, gegen die sich die kapitalistischen Kräfte aufs allerheftigste sträuben, wie insbesondere auch die scharfe Reaktion der Geschäftswelt auf die jüngste Botschaft Trumans über die Bekämpfung der Inflation zeigt.

Die „rote Gefahr“ Dazu kommen die eigentlich klassenpolitischen Widerstände gegen eine ausgiebige Europahilfe. Daß der Marshallplan mithelfen soll, Westeuropa vor dem Kommunismus zu retten, darüber ist sich zwar in den Vereinigten Staaten alles einig. Die Meinungen gehen nur darüber auseinander, ob die amerikanische Unterstützung auch solchen Ländern gewährt werden solle, die in puncto «freie Wirtschaft» (lies: Kapitalismus) nicht ganz zuverlässig sind. Der große Bericht der Harriman-Kommission möchte zwar nicht, daß die amerikanische Europahilfe dazu benützt werden solle, um andern Ländern das System des «freien Unternehmertums»

aufzuzwingen. Allein die Mehrheit der amerikanischen Bundesversammlung besteht eben aus *Gegnern* der Regierung Truman und denkt hier wahrscheinlich etwas anders, zumal der mächtige Industriellenverband bereits die Losung ausgegeben hat, die amerikanische Unterstützung dürfe nur «Unternehmungen der freien Konkurrenzwirtschaft» zukommen und müsse von einem «Moratorium für alle Sozialisierungen» sowie von einem Verzicht auf alle planwirtschaftlichen Maßnahmen, wie Preiskontrolle und Rationierung in den Vereinigten Staaten, begleitet sein. Hervorragende Führer der Republikanischen Partei, wie Taft und Stassen – beides Bewerber um die Bundespräsidentschaft –, neigen der gleichen Auffassung zu. Im übrigen arbeitet nicht einmal die «Dollardiplomatie» so grob, daß sie den Kapitalismus andern Ländern förmlich «aufzwingen» würde; das macht man viel wirksamer durch indirekten Druck, wie er etwa durch die Unterstützung der gegenrevolutionären Kräfte in Frankreich, Italien, Griechenland und Deutschland ausgeübt wird, nicht zu vergessen China und besonders England, das man einfach zappeln läßt, bis es wieder Churchill-reif geworden ist. Und schließlich ruhen die Vorschläge der Pariser Konferenz der 16 Nationen, die ihrerseits die Grundlage des Marshallplanes bilden, so ausgesprochen auf der Voraussetzung einer Fortdauer des kapitalistischen Regimes, daß von Washington aus gar nicht extra nachgeholfen werden muß, um auch begriffsstutzigen Europäern die enge Verbindung zwischen amerikanischer Hilfe und europäischem Kapitalismus klarzumachen. Alvarez del Vayo, der in der Neuyorker «Nation» schreibt: «Der Marshallplan ist in seinen letzten Folgerungen antisozialistisch und ein Teil eines bewußten Versuches, Europa in die Zone der freien Wirtschaft zu zwingen», hat darum kaum weniger recht als Professor Laski, der am gleichen Orte meint, Amerika wolle den westeuropäischen Staaten nur helfen «unter der Bedingung, daß sie jeder Verständigung mit Rußland widerstehen und die Wünschbarkeit des Wiederaufbaues Westdeutschlands auf der Grundlage des freien Unternehmertums annehmen».

Um so bedenklicher ist es, daß auch der *Congress of Industrial Organizations*, die fortschrittlichere der beiden Spitzenorganisationen der amerikanischen Gewerkschaften – von dem konservativen alten Gewerkschaftsbund gar nicht zu reden –, an seiner letzten Tagung in Boston die gegenwärtige Außenpolitik der Vereinigten Staaten, so wie sie von Marshall vertreten wird, ausdrücklich gutgeheißen hat und neuerdings auch innenpolitisch der Kommunistenhetze viel zuviel Zugeständnisse macht, sich damit stark von der Linie entfernend, die er bisher verfolgt hatte. Aber es scheint, daß die sehr rührige und gut organisierte katholische Gruppe innerhalb des CIO den gegenwärtigen Zentralpräsidenten Murray, der selbst ein guter Katholik und Gegner allen Sozialismus' ist, schon stark unter ihren Einfluß ge-

bracht hat, und daß auch die Gruppe um Walter Reuther herum aus lauter Angst vor dem Kommunismus mehr und mehr nach rechts abgedrängt wird. Wie sehr die ganze «Rotenhetze» («witch hunting», Hexenverfolgung, sagt man dafür bezeichnenderweise in Amerika) nicht zuletzt auch der *römischen Kirche* dient, mag – zur Abrundung des Bildes der amerikanischen Lage sei es beigefügt – aus einem bemerkenswerten Aufsatz im «Protestant» hervorgehen, in dem es heißt:

«Da der Kommunismus durch eine amerikanische Goebbelspropaganda in den Augen des Publikums mit dem Bannfluch belegt ist, ist jeder gezeichnet, der als Roter oder als Russenfreund hingestellt werden kann. Damit hat Rom das Feld frei. ‚Greif Rom an, und man heißt dich einen Roten‘ – das ist weitergebildet worden zu: ‚Schließ dich Rom an, oder man heißt dich einen Roten‘. Der Plan ist, das Ding hier in Amerika so zu drehen, daß der amerikanische Faschismus römisch-katholisch wird oder mindestens christlich mit römischer Führung. Das ist der Plan. Damit er gelingt, muß die Kriegstrommel gerührt werden. Rußland muß in den Brennpunkt gerückt werden, damit aller Augen von dem abgelenkt werden, was *hier* vor sich geht. Während die Monopolisten das Publikum mit hohen Preisen begaunern und dafür sorgen, daß die Arbeiterschaft für sie verantwortlich gemacht wird, beten die Priester über Rußland . . . Presse und Kino schaffen der römischen Kirche eine Stellung, in der ihr Ansehen unangreifbar wird. Es kann kein Zweifel sein, daß sich gewisse mächtige Bankenkreise mit der römischen Kirche verbündet haben und daran arbeiten, die protestantischen Kirchen auf die gleiche Linie auszurichten. ‚Religion‘ ist an der Börse nie höher im Kurs gestanden.»

Auch in *Südamerika* steigt das Russenfieber zusehends. Chile hat mit Jugoslawien, Rußland und schließlich auch der Tschechoslowakei gebrochen. Brasilien boykottiert die Sowjetunion ebenfalls und hat außerdem die Kommunisten aus dem Parlament ausgeschlossen – als ob die sozialen Verhältnisse in diesem Lande wie in Lateinamerika überhaupt nicht die beste Propaganda für den Kommunismus darstellten. Aber solange die Vereinigten Staaten hinter den halb- und ganzfaschistischen Diktaturen Lateinamerikas stehen – Argentinien erfreut sich ihrer besonderen Gunst –, wird eben der Kommunismus auch hier nicht mit dem einzigen Mittel bekämpft werden, das Erfolg verspricht: der sozialen Revolution in demokratischem Geiste.

Alarmzeichen in England Einen wichtigen psychologischen Erfolg hat die politische und soziale Reaktion in Großbritannien errungen. Die unmittelbare sachliche Bedeutung der Niederlage, die Labour bei den *Gemeindewahlen* erlitten hat, ist zwar nicht allzu groß, trotz den fast 700 von insgesamt 1500 umstrittenen Sitzen, die der Labourpartei verlorengegangen sind. Auf der einen Seite haben sich die Wahlen auf einen Drittel aller Gemeinderäte beschränkt; in London, in den kleinstädtischen Kommunalverbänden und in den Landgemeinden ist nicht gewählt worden, und es besteht Grund zu der Annahme, daß Labour hier besser abgeschnitten hätte. Andererseits hatte die Labourpartei ihre früheren Erfolge bei den Ge-

meindewahlen allzu leicht errungen, da sich die Konservativen bisher unverhältnismäßig wenig um die Gemeindepolitik gekümmert hatten. Die heurigen Wahlen waren hingegen dadurch gekennzeichnet, daß die Labourpartei zwar ihre Wähler so ziemlich zusammenhielt, die Konservativen aber auch alle diejenigen Wähler auf die Beine brachten, die sonst nur bei den Unterhauswahlen für sie gestimmt hatten. Aber daß die Konservativen gerade den gegenwärtigen Augenblick für ihre «Nachholoffensive» ausgesucht haben und dadurch einen Vormarsch im *nationalen* Maßstab vortäuschen konnten, das hat ihnen, politisch gesehen, eben doch einen eindrucksvollen Stimmungserfolg gesichert, und da es die Politik nun einmal so entscheidend stark mit Stimmungen zu tun hat, so ist die Gefahr unzweifelhaft gewachsen, daß im Jahre 1950 die paar Millionen Stimmen, die nötig sind, um Labour aus der Macht zu verdrängen, wirklich auf die andere Seite hinübergehen werden.

Dies um so mehr, als die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Großbritanniens ohne amerikanische Hilfe entweder überhaupt nicht oder dann nur unter härtesten Einschränkungen zu überwinden sind und die Versuchung groß ist, die Konservativen als Retter vor einer Herabdrückung des englischen Lebensstandes auf das deutsche Niveau und als beste Garanten amerikanischen Wohlwollens ans Ruder zurückzurufen. Der unter so peinlichen Umständen erfolgte Rücktritt des Finanzministers *Dalton* beseitigt ohnehin ein Hindernis für die konsequente Durchsetzung des Einschränkungsprogramms von Sir Stafford Cripps, der nun als Wirtschafts- und Finanzdirektor Großbritanniens freie Bahn für seine «puritanische Rücksichtslosigkeit» hat.

Wie bedenkenlos die konservative Propaganda alle Regierungsmaßnahmen für sich ausbeutet, das zeigt auch ihr maßloser Feldzug gegen die nun vom Unterhaus bereits angenommene Vorlage, die das Recht des *Oberhauses*, das Inkrafttreten eines vom Unterhaus angenommenen Gesetzes zu verzögern, auf ein Jahr (statt bisher zwei Jahre) begrenzt. Das neue Gesetz hat zwar zunächst zweifellos den Zweck, die Sozialisierung der Eisen- und Stahlindustrie noch während der laufenden Amtsdauer zu ermöglichen. Aber es ist keineswegs ein Anschlag auf irgendwelche demokratischen Grundrechte; seine Annahme wird im Gegenteil den Lords und damit der Konservativen Partei die Macht entziehen, der Regierung nach dreijähriger Amtstätigkeit in jedem beliebigen Augenblick eine Niederlage zu bereiten und damit Neuwahlen zu erzwingen – eine Macht, die mit demokratischen Grundsätzen unvereinbar ist. Und wie die Konservativen dieses Vorrecht unter den jetzigen Umständen ausnützen würden, das hat ja soeben ihre gerissene Strategie bei den Gemeindewahlen deutlich genug gezeigt.

Ungewißheit in Frankreich

Die auffälligste Wendung nach rechts hin ist aber während der Berichtszeit in *Frankreich* erfolgt. Der Wahlsieg der neuen Partei de Gaulles ist noch sensationeller, als ohnehin erwartet werden mußte; es ist so, wie auch der Pariser Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» feststellte: «Das Bürgertum und der Mittelstand haben sich dem General in die Arme geworfen, der zum Führer der stärksten Partei Frankreichs aufsteigt.» Die Verschiebung des Kräfteverhältnisses vollzog sich freilich fast ausschließlich innerhalb der Parteien der Rechten, vor allem in Gestalt eines eigentlichen Zusammenbruchs der Republikanischen Volksbewegung, die bisher das Sammelbecken der gemäßigt reaktionären Kräfte des Landes gebildet hatte. Jetzt ist die Reaktion kühn und radikal geworden und erstrebt offen den Sturz der Vierten Republik und die Aufrichtung eines kapitalistisch-klerikalen Ordnungsstaates à la Pétain, mit dem «Résistant» de Gaulle an der Spitze, der eben Hitler nur bekämpft hatte, um ein autoritäres Regime eigener Prägung zu begründen. Und auch diese Kräfteverschiebung auf der Rechten ist eigentlich nichts Neues; die 42,5 Prozent der Stimmen, die auf die Französische Volkssammlung entfallen sind, entsprechen ziemlich genau der Stimmenzahl (47 Prozent der Gesamtzahl), die seinerzeit die Gegner der zweiten, revidierten Verfassung der Republik für ihre Parole aufgebracht haben.

Eine Erschütterung der Linksparteien ist somit der neuen Bewegung nicht gelungen; die Kommunisten mustern nach wie vor rund 30 Prozent der Wähler, und auch die Sozialisten haben sich besser gehalten, als man annehmen konnte – freilich nur darum, weil sie sich eben selbst und mit besonderer Heftigkeit in die antikommunistische Front eingereiht hatten, die nun von de Gaulle bis Léon Blum reicht, und darum von der Wahlkonjunktur ebenfalls profitierten. Aber ist das nun irgendwie erfreulich? Ich zweifle. Gewiß muß jede sich sozialistisch nennende Partei vom Kommunismus deutlich Abstand nehmen. Aber eben nicht so, daß sie einfach zu den «Ordnungsparteien» abschwenkt und den Sozialismus, den sie mit Worten noch bekennt, mit der Tat mehr und mehr verleugnet. Die Sozialistische Partei Frankreichs ist in ihrem blinden Kommunistenhaß so weit gegangen, daß sie sich bei den Stichwahlen offen mit dem Bürgertum, ja vielfach sogar mit der Partei de Gaulles verbündete, um die «russische Partei» aus den Gemeindeverwaltungen zu verdrängen, und hat tatsächlich nicht wenige Bürgermeisterposten aus der Hand der extremen Rechten entgegengenommen.

Der Vorwurf, den sie gegen die Kommunisten erhebt, sie seien am Wahlsieg de Gaulles schuld, ist angesichts dieser Verbrüderung mit der Gegenrevolution von einer grotesken Unwahrhaftigkeit, ganz abgesehen noch von dem Umstand, daß die Ohnmacht und Unfähigkeit der von dem ehemaligen Neosozialisten Ramadier geleiteten Regie-

rung nicht wenig dazu beigetragen hat, die Wähler und Wählerinnen nach rechts zu treiben. Wie sehr immer die französischen Kommunisten durch ihre Katastrophenpolitik die brüske Wendung des französischen Bürgertums nach ganz rechts gefördert haben mögen – die Sozialisten sind die letzten, die zu Vorwürfen deswegen berechtigt sind. Im übrigen entspricht diese Wendung, wie wir zu zeigen versucht haben, nur dem Zuge der Zeit, der auch dort zu bemerken ist, wo, wie etwa in England und Nordamerika, die Kommunisten keine wesentliche Rolle spielen; sie gehört zu den allgemeinen Merkmalen der Entwicklung des Spätkapitalismus, für die indessen die französischen Rechtssozialisten kein Auge zu haben scheinen. Hatte das konservative Bürgertum Frankreichs ehemals ausgerufen: «Lieber Hitler als Léon Blum!», so ist jetzt die Partei, die einst von einem Jules Guesde, einem Jean Jaurès geführt wurde, so weit gekommen, daß ihr de Gaulle lieber ist als Thorez, und für sie der große Trennungsstrich nicht mehr zwischen Kapitalismus und Sozialismus hindurchgeht, sondern zwischen den Kommunisten einerseits und sämtlichen übrigen Parteien andererseits. Man wird so wohl gezwungen sein, die *heutige* Sozialistische Partei Frankreichs als wirklich revolutionäre Kraft vorläufig abzuschreiben; sie ist eine Partei von Kleinbürgern und Bauern geworden, die erheblich weiter rechts steht, als die alten Radikalen in ihren guten Zeiten jemals standen. Ob sich die *Kommunisten* nun allmählich zu einer Partei des demokratischen Sozialismus durcharbeiten werden, das ist freilich zweifelhaft genug, besonders wenn man ihre jüngste Desperadotaktik ansieht. Sicher ist nur, daß sich in Frankreich auf absehbare Zeit einzig eine Regierung halten können, die das Vertrauen der herrschenden Klassen *Amerikas* hat. Ob das nun eine Regierung der «Mitte» sein wird oder eine solche der Rechten, das ist nicht so wichtig; eine Regierung, die sozialistische Ziele verfolgt, wird es auf keinen Fall sein, wie immer die Etikette lauten mag¹. Es ist ein Jammer, wie weit Frankreich seit den Tagen der Befreiungsbewegung zurückgefallen ist, die von einem so prachtvollen revolutionären Schwung getragen zu sein schien!

Furcht auf beiden Seiten Die Gegenrevolution, deren jüngste Äußerungen ich zu umreißen bemüht war, nährt sich aufs stärkste von der Furcht vor der Revolution, besonders der gewalttätigen Revolution. Aber es ist doch nicht *bloß* die Furcht vor dem *gewaltsamen* Umsturz, die sie beherrscht. Sie

¹ Auch Robert Schumann, der soeben die Bildung eines neuen Kabinetts übernommen hat, wird die Wendung, die Frankreich retten könnte, nicht herbeiführen; er wird höchstens die Rolle spielen, die ein Brüning oder ein Schleicher vor Hitlers Aufstieg zur Macht gespielt haben. Der Zweifrontenkampf gegen Kommunismus und Gegenrevolution ist nur vom Boden eines radikalen Sozialismus aus zu gewinnen. (22. November.)

fürchtet die Revolution in jeglicher Gestalt, auch in der Form des freiheitlichen Sozialismus, ja sogar schon die bloße sozialreformerische Planwirtschaft, die im Rahmen eines «vermenschlichten» Kapitalismus aufgebaut werden soll, wie das der wilde Widerstand der besitzenden Klassen gegen die zahmen Reformen in Deutschland (vor Hitler), in Italien und Spanien (vor Mussolini und Franco), in den Vereinigten Staaten (Ära Roosevelt), in Frankreich (Volksfront) usw. beweist. Dennoch bleibt es wahr, daß die Gewaltrevolution und der totalitäre Sozialismus der kapitalistischen Reaktion die besten Mittel in die Hand geben, um die Volkspheantasie gegen eine sozialistische Neugestaltung von Wirtschaft und Staat überhaupt aufzureizen. Und es muß darum immer ein Hauptanliegen der Sozialisten sein, der Gegenrevolution diese Mittel dadurch wegzunehmen, daß sie für die demokratische und föderalistische Methode der gesellschaftlichen Umwälzung eintreten, es mit dieser Umwälzung aber mindestens ebenso ernst meinen wie die Kommunisten. Das muß besonders der Sowjetunion und der kommunistischen Bewegung überhaupt gegenüber immer wieder klar ausgesprochen werden, und es mußte auch anlässlich des 30. Jahrestages der russischen Revolution, der unlängst gefeiert wurde (und mit Recht auch von den Sozialisten gefeiert wurde), unmißverständlich zum Ausdruck gebracht werden.

Allein die einfachste Gerechtigkeit, die primitivste intellektuelle Redlichkeit verlangt auch immer wieder die Feststellung, daß das russische Terrorsystem ebenso wie die ganze mißtrauisch-ablehnende Haltung der Russen gegenüber der westlich-kapitalistischen Welt in wesentlichen Stücken nur die Reaktion auf die schwere Bedrohung ihres Daseins ist, der die Sowjetunion in den letzten dreißig Jahren sozusagen beständig ausgesetzt war. Diese Reaktion war, wenn man sittlich-religiöse Maßstäbe anlegt, tragisch falsch; bevor man sie aber entrüstet verdammt, muß man sie einmal erst verstehen und aus der geschichtlichen Lage heraus sachlich würdigen. Und da kann nun eben – was im Rahmen einer Darstellung der Entwicklung der Sowjetunion unschwer zu beweisen wäre – kein Zweifel darüber herrschen, daß es vorab die Interventionskriege, dann der «kalte» Krieg des Westens gegen Rußland, weiterhin die Bedrohung durch das Dritte Reich und schließlich der Krieg Hitlers selbst waren, was die Führung der Sowjetunion, entgegen den ursprünglichen Absichten der maßgebenden Männer – Stalin nicht ausgeschlossen –, dazu veranlaßte, das Heil in stärkster Zusammenballung und rücksichtsloser Anwendung der politischen Machtmittel zu suchen. Ebenso unzweifelhaft steht aber die Tatsache fest, daß die Bedrohung der Sowjetunion und der neuen sozialen Ordnung, die sie verkörpert, nach dem zweiten Weltkrieg keineswegs aufgehört hat, vielmehr in unsern Tagen noch umfassender und stärker ist als wohl jemals zuvor. Um nur an die selbstverständlich gegen Rußland gerichteten *amerikanischen Kriegsrüstungen* zu erinnern, so

bietet sich jetzt – ich folge hier einer eindrucksvollen Darstellung im «Christian Century», abgedruckt in den «Cahiers de la Réconciliation», aus der Feder von Óswald Garrison Villard – den Russen folgendes Bild:

Eine amerikanische Landarmee von 1 070 000 Mann (gegen 300 000 vor dem Krieg), davon 400 000 Mann Fliegertruppen, ausgerüstet mit den modernsten Waffen, Einrichtungen und Flugzeugen. Ständige Vermehrung der Atombomben (die nach einer jüngsten Zeitungsmeldung hundert- bis tausendmal stärker sein sollen als die gegen Japan verwendeten). Eine Kriegsmarine, die allen Flotten der Welt zusammengenommen überlegen ist. Militärische Stützpunkte und Operationsbasen rings um die Sowjetunion herum. Militärische Kontrolle eines Gebietes von 4,5 Millionen Quadratmeilen nördlich und südlich des Panamakanals zum Schutze der eigentlichen Kanalzone. 96 000 amerikanische Soldaten auf den «unabhängigen» Philippinen. Militärische Gleichschaltung der Staaten Lateinamerikas mit der nord-amerikanischen Union. Organisierung einer riesenhaften Wehrwirtschaft, verbunden mit beispiellos ausgedehnten und intensiven kriegstechnischen Forschungen, für die im letzten Jahr bereits 1¼ Milliarden Dollar ausgegeben wurden. Verdreifachung der Nationalgarde und Schaffung einer Reserve von 8 bis 10 Millionen Rüstungsarbeitern. Geplante Einführung der militärischen Dienstpflicht. Ausrüstung und Ausbildung der griechischen und der türkischen Armee (die letztere ist 750 000 bis eine Million Mann stark) zum eventuellen Krieg gegen die Sowjetunion, die von Süden her besonders leicht angegriffen werden kann.

Revolutionärer Terror Man greift sicher nicht daneben, wenn man die Furcht vor einer Ingangsetzung dieser ungeheuerlichen Kriegsmaschine als eine Haupttriebfeder der russischen Außenpolitik bezeichnet und die Unterdrückung aller innenpolitischen Opposition in der Sowjetunion im wesentlichen auf das gleiche Konto setzt. Das letztere gilt auch für die entsprechenden Abwehrmaßnahmen in den unter russischem Einfluß stehenden *osteuropäischen Mittelstaaten*. Es erklärt weithin, wenn nicht vollständig, die planmäßige Ausschaltung aller regimefeindlichen Bewegungen in Polen, Rumänien, Bulgarien und Ungarn, glaubt doch die Sowjetunion am Bestehen unbedingt zuverlässiger Regierungen in diesen Ländern ein unmittelbares Lebensinteresse zu haben, so wie umgekehrt alle Gegner der Sowjetunion das stärkste Interesse daran haben, daß die russenfreundlichen Regimes in den Satellitenstaaten beseitigt werden. Man will nun eben einmal in diesen Ländern nicht dem Schicksal Griechenlands verfallen, das in die angelsächsische Einflußzone eingegliedert ist und dieses Satellitentum mit einem Terrorregiment zu bezahlen hat, das – wie mir dieser Tage ein griechischer Ingenieur versicherte, der die jetzigen Zustände in seiner Heimat aus eigener Anschauung kennt – eher noch schlimmer ist als dasjenige Hitlers und Mussolinis: Zehntausende von Liberalen, Sozialisten und Kommunisten einzig wegen ihrer Gesinnung auf die Inseln verbannt, jede Begünstigung der Widerstandsbewegung mit dem Tode bestraft, die Arbeiterorganisationen aufgelöst oder gleichgeschaltet, Ausrottungskrieg gegen die Widerstandsbewegung selbst, Korruption und Willkürherrschaft bei den besitz-

den Klassen usw. Es kann kaum bezweifelt werden, daß ähnliche Verhältnisse auch in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Ungarn und in Polen einreißen würden, wenn die sowjetfreundlichen Regimes gestürzt würden und unter dem Schutz ausländischer Mächte die alten Herrenschichten wieder ans Ruder kämen. Es ist darum furchtbar billig, die Gewaltmaßnahmen in den «Volksdemokratien» nur für sich allein, losgelöst von ihren Zusammenhängen, anzusehen und anzuprangern; sehen wir sie lieber zunächst einmal als das, was sie für jedes gerechte Urteil tatsächlich sind: Abwehrhandlungen gegen Angriffsdrohungen, revolutionärer Terror als vermeintlicher Schutz vor gegenrevolutionärem Terror!

Gerechtfertigt werden all diese Maßnahmen damit allerdings gewiß nicht. Wir haben in der Schweiz zu lange gegen die demokratiewidrigen Unterdrückungsmaßnahmen gekämpft, die mit Berufung auf die Bedrohung von außen während zwei Weltkriegen getroffen und verteidigt wurden, um nicht zu wissen (sofern wir es nicht schon vorher gewußt haben), daß die sicherste Grundlage jeder Landesverteidigung innere Freiheit und soziale Gerechtigkeit sind, und daß sich eine Revolution zuletzt einzig durch sich selbst verteidigt, das heißt durch das Recht ihrer Sache und die Reinheit ihrer Ziele und Methoden. Wir können auch gegenüber der Sowjetunion und ihren Nachbarstaaten keinen andern Standpunkt einnehmen; und sowenig empfehlenswert es wäre, in diesen Ländern eine Demokratie nach westlichem Muster aufzurichten, für die wesentliche Voraussetzungen fehlen, und die darum nur von der in- und ausländischen Gegenrevolution mißbraucht würde, so sehr müssen wir die Gleichsetzung von Opposition und Hochverrat und die Beugung anerkannter Rechtsgrundsätze ablehnen, wie das jetzt wieder im Bukarester Prozeß gegen Julius *Maniu* und seine Freunde geschehen ist¹. (Nur ganz nebenbei: Die Gleichsetzung von Opposition und Hochverrat wird mehr und mehr auch in den Vereinigten Staaten üblich, wo der unglaubliche Feldzug gegen «unamerikanische Umtriebe» zu immer krasserer Verleugnung aller Rechtsgarantien und liberalen Überlieferungen führt.) Daß sich *Mikolajczyk*, der polnische Bauernführer, ebenso wie *Zoltan Pfeiffer*, der ungarische Oppositionsführer, einem nur allzu sicheren Schicksal durch die Flucht entzogen haben, kann ihnen angesichts der neuen Verirrungen östlicher Revolutionsjustiz niemand mehr übelnehmen, so verblüffend auch die Promptheit ist, mit der diese Oppositionsmänner (wie schon

¹ In der Oktober-Rundschau habe ich geschrieben, ich hätte keinen Zweifel, daß die Hinrichtung des bulgarischen Bauernführers *Petkoff* ein reiner Terrorakt gewesen sei. Nachdem ich im «New Statesman» eine bisher nicht widerlegte Darstellung des ganzen Falles durch den Engländer E. P. Thompson gelesen habe, der *Petkoff* *wirklichen* Verrats schuldig erklärt, habe ich Zweifel, und nicht ganz gelinde. Ich ließ mich allzusehr von den Berichten und Kommentaren der bürgerlichen Presse beeinflussen.

früher Nagy und andere) den Weg nach England oder gar nach Amerika fanden.

Nur das muß immer festgehalten werden: Wer selbst am Kreuzzug gegen Kommunismus und Sowjetunion teilnimmt, wer auf dem Boden der Trumandoktrin steht und gegen die amerikanischen Kriegsvorbereitungen nicht viel einzuwenden hat, der hat sicher kein Recht, den Russen und ihren Verbündeten Vorwürfe deswegen zu machen, weil sie sich gegen die Bedrohung von außen durch die Unterdrückung von Bewegungen im Innern wehren, die offen auf den Sturz des bestehenden Regimes ausgehen und mindestens in verdächtig enge Fühlung mit auswärtigen Mächten treten, deren Sowjetfeindschaft nachgerade krankhafte Formen annimmt.

Ist Rettung möglich? In der gleichen Nummer der Zeitschrift der französischen Gruppe des Versöhnungsbundes, in der O. G. Villard über die amerikanischen Rüstungen berichtet, schreibt A.-J. Muste, der Sekretär der amerikanischen Gruppe, in der Tat: «In den Vereinigten Staaten grenzt die Haltung gegenüber Rußland an Hysterie und verschlimmert sich nur immer weiter. Ein so bedeutender und gut unterrichteter Staatsmann wie John Foster Dulles meint, daß die Maßnahmen der amerikanischen Außenpolitik von dem Gefühl eingegeben seien, daß der Krieg mit Rußland unvermeidlich sei.» Ähnliche Urteile vernimmt man von andern kompetenten Beobachtern der Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Gibt es da noch eine Rettung vor der nahenden Katastrophe? Muste erwartet sie allein von einer radikalen Umkehr Amerikas sowohl wie Rußlands zu einer Politik *völliger militärischer Abrüstung*. Die Nation, die hier den Anfang mache, setze damit zwar ihre Existenz aufs Spiel. «Aber in diesem Atomzeitalter müssen das die Nationen sowieso tun. Die Frage ist nur, ob sie ihre Existenz durch einen Selbstmord im Atomkrieg riskieren oder durch eine mögliche Kreuzigung aus Liebe zur Versöhnung und zum Frieden. Selbstmord ist immer unfruchtbar, während die Kreuzigung die Möglichkeit der Erlösung und der Neuschöpfung in sich birgt.»

Vollkommen wahr. Wir müssen nur beifügen, daß Abrüstung unter den heutigen Umständen realistischerweise nur denkbar ist bei gleichzeitiger *sozialer Revolution*, die eine radikale Abkehr vom Kapitalismus, vom Kolonialismus und vom Imperialismus in sich schließt. Und das führt uns noch einmal zu einem Blick auf die konkrete Weltlage zurück.

Zu den entscheidenden Gründen, welche die westlich-kapitalistische Welt gegen die Sowjetunion stellen, gehört ihre Herrschaft über die *farbigen Völker*, die in der Sowjetunion ihren natürlichen Verbündeten sehen. Jeder Schritt weg von der kolonialen Ausbeutung erweitert

darum die Aussicht auf ein friedliches Nebeneinanderleben von Ost und West. Am folgerichtigsten ist die Abkehr vom alten Imperialismus bei *Großbritannien*, auch wenn sein Rückzug aus Asien sehr stark aus bloßen Zweckmäßigkeitsgründen erfolgt. Der Freigabe *Indiens* (das durch den Kampf um Kaschmir bis an den Rand eines Krieges zwischen Hindostan und Pakistan gedrängt wurde) folgt jetzt die nicht minder großartige Räumung *Burmas*, die am 6. Januar 1948 vollendet sein soll; das häßliche Unrecht der Eroberung dieses Landes durch die Engländer im Jahre 1885 – «eines der unseligsten und unverantwortlichsten Abenteuer des britischen Imperialismus» nennt sie eine englische Zeitung – ist dadurch in vorbildlicher Weise gutgemacht worden.

Um so peinlicher berührt der verblendete Eigensinn, den Außenminister Bevin einer vernünftigen, wenn auch nur vorläufigen Lösung der *Palästinafrage* entgegensetzt. Ein Glück, daß wenigstens die Russen und Amerikaner, die einander die Festsetzung in einem palästinensischen Leerraum nicht gönnen, entschlossen bleiben, die Übergabe der Macht an den neu zu schaffenden jüdischen und arabischen Staat in Ordnung und Frieden durchzuführen. In *Iran* ist es den Angloamerikanern gelungen, den Russen den Vertrag von 1946 über die Gewährung von Ölkonzessionen wieder abzujagen. In *Siam* hat sich der dortige Quisling, Marschall Pibul Songgram, durch einen Staatsstreich der Regierung bemächtigt – wieder ein Zeugnis für den Zug nach rechts, der auch Asien ergriffen hat. In *Indonesien* führt Holland unter dem Vorwand einer Polizeiaktion seinen Kolonialkrieg weiter, unter Mißachtung des Befehls des Sicherheitsrates vom 1. August, die Feindseligkeiten einzustellen.

Für *China* plant Amerika eine neue «Hilfsaktion» à la Griechenland und Türkei, um auch hier die Front gegen den Kommunismus und die Sowjetunion zu stärken. Die Resolution des Sicherheitsrates über *Korea*, die Wahlen und den Rückzug der Besetzungstruppen aus diesem zwischen Rußland und Amerika strittigen Lande vorsieht, wird ein Schlag ins Wasser bleiben, es sei denn, daß die Vereinigten Staaten ihre Durchführung mit Gewalt (gegenüber der Sowjetunion) erzwingen wollen. Und was schließlich *Japan* betrifft, so fragt der Londoner «Economist»:

«Sind nicht einige amerikanische Zeitungen so weit gegangen und haben angeregt, daß eine neue japanische Armee unter amerikanischen Offizieren aufgestellt werden solle? Wenn diesen Argumenten Einfluß auf die amerikanische Politik verstattet wird, wird der alte Klüngel (in Japan) wieder an die Macht kommen und die schüchterne, zarte Demokratie zerschlagen werden, für deren Einführung die Alliierten so hart gekämpft haben. Die jüngere Generation in Japan, die in wachsendem Maße über die Begünstigung der Reaktion durch die Amerikaner erbittert und immer mehr versucht ist, von der verbotenen Frucht des Kommunismus zu essen, wird bei Rußland Führung und Vorbild suchen, wie es die osteuropäischen Völker im 19. Jahrhundert bei England und Frankreich taten.»

Wie recht hat doch der (natürlich als «Kryptokommunist», als getarnter Schrittmacher des Bolschewismus, verschrieene) britische Labourabgeordnete K. Zilliacus, wenn er in seinem ausgezeichneten Buch «Mirror of the Present» schreibt:

«Die amerikanische (mit britischer Zustimmung geschehende) Hilfe für den Faschismus in China, Griechenland und der Türkei, die (mit britischer Mitwirkung erfolgende) Stützung des korrupten, grausamen und unfähigen Feudalismus in Persien, der arabischen Feudalherren, der malerischen, aber nichtsnutzigen arabischen Scheiks und Quislinge im Mittleren Osten sowie der kapitalistischen Reaktion und Gegenrevolution im Donaubecken, auf dem Balkan und in Italien wird als Verteidigung der westlichen Kultur und Demokratie gegen die kommunistische Diktatur und den Ausdehnungsdrang der Sowjets aufgemacht. Aber Demokratie, Kultur und Friede hängen vom Triumph der sozialen Revolution in diesen Gebieten ab und von der Besiegung und Überwindung der Regierungssysteme, hinter denen britische und/oder amerikanische Waffen- und Geldleistungen stehen. Der Weg, um den Sowjeteinfluß ‚auszugleichen‘, besteht für die Vereinigten Staaten und Großbritannien darin, Freunde des Volkes in diesen Ländern zu werden, anstatt die Schutzherrn der Bedrückt und Feinde des Volkes.»

So mündet die Erörterung der Kriegs- und Friedensfrage immer wieder in die Auseinandersetzung über das soziale Problem ein. Abrüstung, Vertrauen, guter Wille zwischen den Nationen – jawohl. Aber nur wenn die Abkehr vom Geiste der Gewalt auch in den *wirtschaftlichen* Beziehungen der Völker und Volksgruppen erfolgt! Ohne den Sieg über jenes ganze Gesellschaftssystem, das den Menschen zum bloßen Gegenstand der Bereicherungsgier herabdrückt, ist auch kein Sieg über die *politischen* Gewaltssysteme möglich und bleibt die Hoffnung auf Vermeidung einer neuen Kriegskatastrophe eine Utopie. *Hier* müssen alle Kräfte eingesetzt werden; *hierauf* muß sich aller gute Wille sammeln, der noch in unserem Geschlechte lebt. Aber wahrlich, wir dürfen nicht mehr lange warten!

18. November.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Die neue Volksvertretung Die Nationalratswahlen haben nicht nur, wie hier am Vorabend des Urnenganges erwartet wurde, «keine ins Gewicht fallende Verstärkung der Linken» gebracht; die Mandatszahl der beiden sozialistischen Parteien ist gegenüber bisher sogar um eine Einheit zurückgefallen. Die Ursachen liegen auf der Hand. Zunächst wirkte die wirtschaftliche Hochkonjunktur allen sozialistischen Bestrebungen entgegen. Sodann hat auch die *politische* Atmosphäre gegenüber 1943 geändert: der damalige «Ostwind» hat scharf nach Westen gedreht und das Wetter auch in der Schweiz beeinflußt. Das genügt indessen beides nicht, um den Rückschlag der Linken zu erklären, ist doch die Stimmzahl der beiden sozialistischen Parteien, als *Einheit* genommen, nicht unerheblich gewachsen (genau um 47 849 Stimmen = 2,5 Prozent der Gesamtzahl). Aber das ist es ja eben: Sozialdemokratie und Partei der Arbeit bildeten tatsächlich *keine* Einheit, als es sich darum handelte, diese Stimmzahl auch für die Gewinnung der entsprechenden Mandatszahl nutzbar zu machen. Mit Listen-